

Die „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...
Das „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...
Das „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...

Die „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...
Das „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...
Das „Dr. G.“ enthält wöchentlich zwei Sonntags- und Monatsblätter...

DR. G.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Für die dritte Internationale

Von Kurt Rosenfeld.

„Rote Fahne“, „Internationale“ und „Vorwärts“ sind einig darin, daß unsere Partei eine neue Internationale aufbauen will. Nur über ihren Namen besteht bei diesen Zeitungen nicht völliges Einverständnis. Der „Vorwärts“ spricht von der „Internationalen 2 1/2“, die „Internationale“ schreibt von einer „4. Internationale“. Dasselbe Ziel: Die Schaffung einer neuen Internationale wird uns aber von allen drei Blättern unterschieden. Eine verdächtige Einmütigkeit unserer Freunde von rechts und links! Zu verdächtig, als daß wir diese heilige Dreieinigkeit unbeachtet lassen könnten.

Den Anlaß zu ihren Betrachtungen über unsere Stellung zu den revolutionär-sozialistischen Parteien des Auslandes geben den Blättern der drei Parteien die beiden am 20. Oktober veröffentlichten Telegramme aus London und Zürich, nach welchen demnach eine internationale Konferenz von Vertretern einer Reihe von Parteien stattfinden soll, welche aus der 2. Internationale ausgeschlossen sind. Diese Telegramme scheinen eine gewisse Aufregung in der U. S. P. D., K. P. D. und U. A. P. D. hervorgerufen zu haben. Eine nur zu begreifliche Aufregung! Denn die geplante Konferenz ist durchaus geeignet, die falschen internationalen Einstellungen dieser drei Parteien dem internationalen Proletariat vor Augen zu führen.

Wer veranstaltet die internationale Konferenz? Nach den Telegrammen aus London und Zürich handelt es sich um zwei unabhängig von einander unternommene Vorhaben, eine internationale Konferenz in London zu bringen. Die „Internationale“, das neugeschaffene Zentralorgan der U. A. P. D., mittelt auf Grund ihrer besonders intimen Kenntnis der internationalen Zusammenhänge hinter der Schweizer Einladung natürlich sofort einen netterförmigen Plan und geheime Machenschaften unserer Partei. Die „Internationale“ enthält die ganze Wahrheit: Angeblich sollen wir uns nur einer ausländischen Parteiorganisation bedienen, um besser die kommunistische Internationale sabotieren, um den Weg zu den Methoden der 2. Internationale freimachen und um international den Kampf gegen die revolutionäre Weltorganisation des Proletariats (!!!) führen zu können. Dabei weiß die „Internationale“ ganz genau, daß gerade unter Mitwirkung ihres Freundes Koenen lange vor dem Hallerter Parteitag der Plan einer internationalen Konferenz der sozialistischen Parteien, die aus der 2. Internationale ausgestiegen sind, entstanden ist. Daß dieser Plan nach unserem Parteitag wieder aktiv wurde, ist doch wohl gerade der U. A. P. D. zu danken, deren Führer für die bedingungslose Annahme der 21 Bedingungen eintraten, wodurch eine Abänderung der Anschlußbedingungen verhindert, die U. S. P. D. spalteten und so verhinderten, daß unsere Partei geschlossen den Beitritt zur 3. Internationale vollziehen konnte. Offenbar haben unsere Schweizer Genossen, was wir nur begrüßen können, jenen alten Plan jetzt wieder aufgenommen.

Im übrigen hätte die „Internationale“ nur die Beschlüsse unserer Parteitages zu lesen brauchen, um zu wissen, daß wir ganz und gar nicht feindselig, sondern vor aller Welt das Zustandekommen einer Konferenz der aus der 2. Internationale ausgeschiedenen sozialistischen Parteien betreiben. Wir stehen noch heute auf dem Boden der Resolution unseres Leipziger Parteitages, in der es heißt:

„Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschlossen werden durch Zusammenschluß unserer Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien sofort in Verhandlungen zu treten, um diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der 3. Internationale eine aktionsfähige geschlossene Internationale zu ermöglichen...“

Nachdem sich infolge der Beschlüsse des 7. Kongresses der 3. kommunistischen Internationale die Unmöglichkeit herausgestellt hat, den Anschluß an diese Internationale unter den berücksichtigten 21 Anschlußbedingungen zu vollziehen, müssen wir, weil eine aktionsfähige proletarische Internationale für die U. S. P. D. vor wie nach Halle eine Notwendigkeit für den Bekämpfungskampf des Proletariats war und bleiben wird, den Versuch machen, durch Verständigung mit den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder die Grundlagen zu schaffen, auf denen ein Zusammenschluß mit der 3. Internationale herbeigeführt werden kann.

Diesem Zweck dienend, hat unser Parteitag in Halle die Resolution Lebedour-Rosenfeld angenommen, in der es heißt:

„Die U. S. P. D. vertritt auf ihren, auf dem Leipziger Parteitag gefaßten Beschlüssen, durch Zusammenschluß mit der dritten Internationale eine aktionsfähige Internationale zu schaffen... Für erfolgreiche Aktionen bedarf die dritte Internationale auch des revolutionären Proletariats der Weltländer... Mit aller Kraft wollen wir weiter arbeiten auf die Stärkung und Aus-

Die Dragesch erneut verboten!

Der preussische Justizminister hält die Dragesch für harmlos — Severing sieht drohende Gefahren heraufsteigen und verbietet die Dragesch!

Der Abgeordnete Strejemann hat im Reichstag die Dragesch in Schutz genommen und behauptet, daß auch der preussische Justizminister Am Jahnhoff ein Gutachten abgegeben habe, aus dem hervorgehe, daß die Dragesch auf geistlichem Boden stehe und daß sich daher kein Anlaß zu einem strafrechtlichen Einschreiten gegen sie biete. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht in der Sonntagsausgabe dieses Gutachten. Es lautet darin:

„Es ist weder bewiesen, daß die Dragesch bewaffnet aufzutreten ist, noch auch nur, daß sie sich im Besitz von Waffen befindet. Eine etwaige Beschränkung, daß sie sich künftig Waffen verschaffen und bei gegebener Gelegenheit einen bewaffneten Haufen bilden könnte, würde ihre Auflösung nicht rechtfertigen, da nach Artikel 124 der Reichsverfassung das Vereinigungsrecht durch Verhütungsgesetze nicht beschränkt werden darf.“

Der preussische Justizminister scheint nach diesem Gutachten die ganze Zeit nach dem Rapp-Fußsch verblasen zu haben. Sonst könnte es ihm nicht entgangen sein, daß die Dragesch alle jene Verbände und Organisationen umfaßt, die am 13. März dem Rappischen Fußsch das eiserne Gerippe gaben: die Einwohnerwehren, die Zeitsfreiwilligen, die Freikorps. Alle diese Verbände sind von der Regierung aufgelöst worden, um sich sofort in der Dragesch eine neue organisatorische Grundlage zu schaffen. Schwere ist dabei nur der vorgeschobene Oberbegriffshörer. Die wirklichen Organisatoren der militärischen Umstrukturierung, das sind Lüttich, Bauer, Bischoff, Ehrhardt, Pfeiffer, Rohbach und all die anderen Fußschisten, die sich abstrahiert im Hintergrunde halten, um das neue Unternehmen durch anstößige Namen nicht zu kompromittieren.

Der Justizminister behauptet, die Dragesch sei nicht im Besitz von Waffen. Derweilen haben erst vor wenigen Wochen in München 40.000 gutbewaffnete Drageschleute ein Königsschießen abgehalten. Wenn das dem Justizminister entgangen ist, dann wollen wir ihm gern eine Photographie zur Verfügung stellen, die ihm das Gegenteil seiner Behauptung nachweist. Aber nicht nur in Bayern, auch in Preußen und anderwärts steht die Dragesch unter Waffen. Ostpreußen ist eine waffenstarrende Festung, in Schlesien, Pommern und Brandenburg befindet sich auf jedem Gut ein Waffendepot, außerdem sind die Führer der Dragesch überall aktive Offiziere; Generalstäbler arbeiten die Organisationspläne aus.

Der preussische Justizminister möchte diesen Tatsachen zum Trotz die Dragesch als einen harmlosen Klub von Biertrinkern und Kegelschleibern hinstellen. Dabei entschließt ihm allerdings das Gefändnis, daß er nicht Einsicht in das gesamte Material genommen habe. Sehr wertvoll für uns! Denn ein Gutachten, das nur einen Teil des vorhandenen Materials verarbeitet, ist kein Gutachten, sondern ein oberflächliches Nachwerk. Das wird auch der preussischen Regierung bekannt sein, die ebenso wie wir Sorge von Beweise über den rein militärischen und daher ungeseligen und strafbaren Charakter der Dragesch hat.

Während sich der preussische Justizminister loben für die Dragesch erklärt hat, hat der preussische Minister des Innern, Herr Severing, gegen die Dragesch Stellung genommen. In einem neuen Erlaß an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten stellt er streng im Gegensatz zu Am Jahnhoff folgendes fest:

„Die Betätigung und Wirkung der Organisation Eherich stellt eine immer wachsende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung dar. Einerseits for-

bert die Dragesch in besonderen Ausmaßen nicht nur ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus die Allgemeinheit zum Ungehorsam trotz aller Strafen gegen die Staatsregierung auf, indem sie geltend macht, daß auf Seiten der Dragesch die Macht sei. Andererseits ruft sie durch Art und Inhalt ihrer Agitation nicht nur den Widerspruch, sondern auch erweisenermaßen den Zusammenbruch der auf entgegengesetztem Boden stehenden Kreise der Bevölkerung hervor. Die Anzeichen mehren sich in bedrohlichem Maße, so daß es bei einer Weiterentwicklung dieses Weges zu schweren Erschütterungen des Staates kommen muß.“

Im Hinblick darauf ersuche ich unter Bezugnahme auf meinen an die Herren Oberpräsidenten gerichteten Drahterlaß vom 13. 8. 1920 sämtliche zur Organisation Eherich gehörigen oder mit ihr verbundenen und auf gleichem Boden stehenden Vereine gemäß § 2 des Vereinsgesetzes aufzulösen, insbesondere alle Versammlungen zu verbieten und zu verhindern, sowie in der gebotenen Weise gegen Zeitungsanzeigen, Aufrufe und dergl. vorzugehen.

Der Rechtsboden für diese Maßnahmen ist ohne weiteres gegeben, und zwar einmal durch § 128 Ziff. 2b) des Reichsstrafgesetzbuches, da die Mitglieder der Dragesch ausweislich ihrer Satzungen deren Leitern gegenüber sich zu vorbehaltloser Unterordnung verpflichtet haben. Ferner aber handelt es sich ganz offenbar um einen durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 3. 1920 (R.G.B. 1147) verbotenen und mit Strafe bedrohten Verband politischer Art, da nach § 3 der Satzungen Zweck des Vereins unter anderem ist: Schutz von Personen, sowie Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- oder Unrechts. Dies sind zweifellos Aufgaben der Polizei nach § 10. II. 17 des Allgemeinen Landrechts, deren Ausübung jedoch ein ausschließliches Recht des Staates ist. Schließlich verleiht der Verband gegen die Befugnis des Staatsministeriums vom 4. 1. 1920, die Auflösung der Einwohnerwehren betreffend. Die Verfügung bezieht sich nach ihrem Sinn und ihrer Veranlassung nicht nur auf die freiwillig organisierten Wehren, sondern darüber hinaus auf alle Organisationsformen, die in der Zusammenfassung von Personen zum Zwecke gemeinsamer und planmäßiger Ausübung des Selbstschutzes bestehen. Daß dieser mit Waffen ausgeübt wird, unterliegt keinem Zweifel. Selbst wenn der Verband als solcher keine Waffen hat, so gilt dies doch von dem größten Teil der Mitglieder — ein Zustand, der nicht nur tatsächlich feststeht, sondern zweifellos auch in der Absicht der Organisation liegt, da ohne Waffen ein Selbstschutz überhaupt nicht ausgeübt werden könnte.

Demgemäß hat die Reichsregierung in einer Kabinetsentscheidung vom 23. 8. 1920 anerkannt, daß die Dragesch als eine Umgehung der Einwohnerwehren anzusehen ist, so daß ihr Fortbestehen mit dem Berliner Friedensvertrage nicht in Einklang zu bringen ist.“

Herr Severing weist dann nach, daß das Gutachten des preussischen Justizministers nicht endgültig ist. Severing stützt sich auf sein umfangreiches Material und betont zum Schluß noch einmal, daß sofortiges Eingreifen erforderlich sei, wenn nicht schweres Unglück eintreten solle.

Der Erlaß zeigt, daß die Gefahr eines Rechtsputches wieder einmal in drohender Nähe gerückt ist. Es wird sich nun zeigen müssen, ob die preussische Regierung stark genug ist, ihren Willen durchzusetzen, oder ob die Dragesch, gestützt auf ihre Macht, der preussischen Regierung die Gabel des Handels diktiert. Die schwersten Gefahren drohen von Bayern und dem Ostpreußen. Deren Vertreter haben loben erst auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Hannover erklärt, daß sie sich die Einwohnerwehren und den „Selbstschutz“ nicht nehmen lassen würden, „solange was da wolle“.

breitung unserer Organisation sowie auf deren Zusammenschluß mit dem gesamten revolutionären sozialistischen Proletariat.“

Hierdurch wurde auch in Halle anerkannt, daß die dritte Internationale der Kern der von uns erstrebten aktionsfähigen Internationale, daß die dritte Internationale der Kristallisationspunkt ist, an den sich — freilich unter anderen als den allein von Moskau diktierten Bedingungen — die revolutionär-sozialistischen Parteien der ganzen Welt ansetzen müssen.

Demgemäß hat unsere Zentralleitung bereits vor Bekanntwerden der Konferenzeinladungen aus London und Zürich und unabhängig von diesen englischen und schweizerischen Konferenzabsichten beschloßen im Namen der U. S. P. D. Vertreter von revolutionär-sozialistischen Parteien, die aus der 2. Internationale ausgestiegen sind, zum 5. Dezember zu einer Konferenz nach Bern einzuladen. Dieser Beschluß war schon teilweise ausgeführt, als

wir von den Londoner und Züricher Plänen hörten. Das mag genügen, um die Unwahrheit der Behauptung der „Internationalen“ festzustellen, daß auf geheimen Begehren unserer Partei von Zürich... Einladungen zu einer Konferenz ergangen seien. Gegenüber der „Internationalen“ sei noch besonders hervorgehoben, daß auch Hilsberding vor den Berliner Funktionären nur von dieser auf Einladung unserer Partei einberufenen Konferenz gesprochen hat.

Daß jetzt gleichzeitig von drei Bruderparteien zu einer internationalen Konferenz eingeladen wird, und daß sich auch die österreichische Partei mit der Einberufung einer internationalen Zusammenkunft beschäftigt, spricht nur dafür, daß die Notwendigkeit einer solchen Besprechung von den sozialistischen Parteien der verschiedensten Länder stark empfunden wird.

Was ist das Ziel der internationalen Konferenz? Wollen wir wirklich eine neue Internatio-

nale schaffen, wie „Vorwärts“, „Internationale“ und „Rote Fahne“ in brüderlich-schwesterlicher Eintracht behaupten? Auch hierüber geben die Beschlüsse des Leipziger und Hallenser Parteitagess völligen Aufschluss. Immer wieder muß betont werden, daß wir nicht daran denken, eine „4. Internationale“ oder eine „Internationale 2 1/2“ zu gründen. Leider schreibt auch unsere Parteipresse hierüber nicht immer mit der nötigen Klarheit. Was umso mehr zu bedauern ist, als die rechtssozialistische, die neu- und altkommunistische Presse jede Unklarheit zu neuen Entstellungen des Sachverhaltes gern benützt. Es ist nicht geeignet, allen Verdächtigungen unserer internationalen Bestrebungen von vornherein den Grund zu entziehen, wenn zum Beispiel in unserer Parteipresse gesagt wird, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um jene Internationale, die vorläufig nur im Herzen und Bewußtsein der proletarischen Massen lebt, die aber in Moskau noch keine entsprechende Form gefunden hat, ins Leben zu rufen und einen gemeinsamen Kampfboden für das Proletariat des Ostens und des Westens zu schaffen. Damit sollte sicher nur gesagt werden, was auch in diesem Artikel als Zweck der Internationalen Konferenz bezeichnet ist.

Wir wollen heute noch wie in Leipzig den „Zusammenbruch unserer Partei mit der 3. Internationale“. Denn wir erklärten in Halle: „Die U. S. P. verzehrt auf ihrem... Beschluß, durch Zusammenbruch mit der 3. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu schaffen... Für erfolgreiche Aktionen bedarf die dritte Internationale auch des revolutionären Proletariats der Westländer.“

Also ist nach wie vor unser Ziel: Der Zusammenbruch mit der 3. Internationale.

Nicht eine neue Internationale! Nicht Internationale 4! Nicht Internationale 2 1/2!

So soll die Konferenz mit den ausländischen Bruderparteien eine gemeinsame Plattform schaffen, auf Grund deren eine erfolgreiche Verhandlung mit der 3. Internationale möglich ist. Wollen die russischen Genossen endlich einsehen, daß bei uns der ehrliche Wille besteht, eine wirkliche revolutionäre aktionsfähige Internationale durch Zusammenbruch mit der 3. Internationale zu schaffen, so wird die Verständigung leicht sein. Besonders, wenn es gelingt, eine möglichst große Anzahl von revolutionärsozialistischen Parteien des Auslandes zu gemeinsamen Verhandlungen mit der 3. Internationale und zu gemeinsamen Grundsätzen über die Ausgestaltung der 3. Internationale zu bringen. Das ist die Aufgabe der von uns erstrebten internationalen Konferenz. Und an diesem Ziel halten wir fest, mögen die Rechtssozialisten oder unsere „Freunde“ von links schreiben, was sie wollen.

Der „Vorwärts“ meint, daß an der Konferenz diejenigen Parteien teilnehmen sollen, „die zwischen den zwei Stühlen der Brüsseler und der Moskauer Internationale sitzen“. Welche Verblendung, von der Brüsseler Internationale als von einer noch bestehenden Organisation zu sprechen! In Wahrheit existiert sie doch nur noch auf dem Papier, trotz aller Konferenzen, die sie noch abhalten mag. Sie ist für alle Zeiten erledigt. Unter Schimpf und Schand ist sie zugrunde gegangen, kein wirklich revolutionärer Sozialist will noch etwas von ihr wissen. Es gibt nur eine Internationale: die Dritte, und jeder Versuch, eine aktionsfähige Internationale zu schaffen, muß scheitern, falls nicht eine Verständigung mit der dritten Internationale zustande kommt. Wenn wahr sein sollte, was der „Vorwärts“ schreibt, daß an der von der Independent Labour Party einberufenen Konferenz auch Parteien teilnehmen sollen, welche die 2. Internationale „unter einem neuen Namen oder einer neuen Ziffer neu beleben und wieder aufbauen“ wollen, so muß von vornherein gegen die Teilnahme solcher Parteien an der Konferenz Widerspruch erhoben werden. Ihre Zuziehung würde nur die Konferenz überhaupt in Frage stellen. Erfreulicherweise aber dürfte die Mitteilung des „Vorwärts“ nicht zutreffen. Allerdings behauptet Longuet in der Nummer des „Populaire“ vom 29. Oktober, daß die I. L. P. auch Anhänger der 2. Internationale zu der Konferenz einladen will. Gegen solche Absicht kann nicht früh und nicht energisch genug Widerspruch erhoben werden.

Die „Internationale“ ihrerseits setzt einen Zweifel in unseren ernstlichen Willen zum Anschluß an die kommunistische Internationale. Das ist vom Standpunkt der Neukommunisten aus verständlich. Denn wie soll die U. S. P. sonst noch ihre Haltung rechtfertigen! Ihr Zweifel ist aber darum noch nicht begründet. All ihr Schimpf über unsere „Heuchelei“, sobald wir den Willen zum Anschluß an die Moskauer Internationale aussprechen, alle ihre Behauptungen, daß unser „einziger Unterschied zu den Scheidemannern aller Welt lediglich in der revolutionären klingenden Phrasologie besteht“ wirkt nur lächerlich. Besonders gegenüber den neuesten Bemühungen unserer Zentralleitung, eine Konferenz mit dem schon dargelegten Ziel einzuberufen.

Das Geschrei von rechts und links kann uns nicht stören. Wir verfolgen konsequent den Weg weiter, den uns die Parteitage von Leipzig und Halle gewiesen haben. Wir sind sicher: Nur durch einen Zusammenbruch der dritten Internationale und der sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder kann die aktionsfähige Internationale entstehen, die der Arbeiterklasse der Welt die Befreiung bringen wird.

Die herrliche Reichswehr

Vergewaltigungen russischer Rote-Kreuz-Schwesteren

Die „Bergische Volksstimme“ in Solingen veröffentlicht folgende Mitteilungen, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen:

Im Lager Soldau, wo kriegsgefangene Angehörige der Roten Armee interniert sind, drang kürzlich eine Rote angekrankter Reichswehr, geführt von einem Offizier, in die Baracke 63 ein. In dieser ist Sanitätspersonal der Sowjetarmee, Schwestern und Pflegerinnen, untergebracht. Es wurde von den Roskiden zuerst eine wilde Sauferei mit mitgebrachtem Bier und Schnaps veranstaltet. Dann wurden die Insassen der Baracke von den uniformierten deutschen Kulturträgern vergewaltigt. Der deutsche Offizier, vom Vorkämpfer der Baracke, einem russischen Arzt, zur Rede gestellt, kopfte an seinen Revolver und drohte, den Rahmenden auf der Stelle zu erschließen.

Das Lager wird ferner dauernd von einem Schwarm von Agenten aufgesucht, die die Rotgardisten zum Verrat zu bewegen suchen und bei ihnen Anwerbungen für die Armee Wrangel vorzunehmen sich bemühen. Der Wucher, der mit den hungernden Gefangenen getrieben wird, ist geradezu schamlos. Sie müssen z. B. für ein 1/2 Pfund Brot 25 Mark bezahlen und sie sind

Die Bestätigung der Magistratswahl

Löwenstein und Eichhorn nicht bestätigt

Von zuständiger Stelle wird folgendes mitgeteilt:

Die Wahl des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters sowie sämtlicher Stadträte der neuen Stadtgemeinde Berlin sind mit Ausnahme der Wahl des Dr. Kurt Löwenstein zum Stadtschulrat und des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn bestätigt worden. Zur Einbürgerung des Oberbürgermeisters wird die Stadtverordnetenversammlung zu Montag, den 8. November, zusammenberufen. An diesem gleichen Tage findet der Zusammentritt des Magistrats statt. Damit gelten die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstellungen der zusammengefallenen Gemeinde als aufgelöst.

Die Bestätigung der Wahl der Magistratsmitglieder liegt formell in der Hand des Oberpräsidenten. Es ist aber kein Zweifel, daß er in diesem Fall in Uebereinstimmung mit der preussischen Regierung gehandelt hat. Die Meldung verweigert sorgsam die Gründe, die zur Nichtbestätigung von Löwenstein und Eichhorn Veranlassung gegeben haben. Es war nach der gewaltigen Hege gegen Löwenstein wahrscheinlich, daß die Aufsichtsinstanzen dieser Hege nachgeben würden, um sich durch diese Verbeugung vor der Reaktion mildernde Umstände für ihr übriges Verhalten zu sichern. Das Verschweigen von Gründen ist das Eingeständnis, daß nicht sachliche Ursachen, sondern politische Motive zu der Veragung der Bestätigung von Löwenstein geführt haben. Der radikale Sozialdemokrat auf dem Posten eines Schulrates erscheint dem gesamten Bürgertum, das die Schule als Herrschaftsinstrument seiner Klasse voll zu würdigen weiß, als so bedrohlich, daß es alle politischen Risiken springen ließ, um diese Gefahr zu beseitigen.

Die Veragung der Bestätigung illustriert die Art und das Maß der Selbstverwaltung, das die Gemeinden in kapitalistischen Staatswesen besitzen, auch wenn dieses unter demokratisch-republikanischer Flagge segelt. Das veraltete Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinden, das nach der Revolution sofort beseitigt werden sollte, wird von der gegenwärtigen Regierung dazu benützt, um den Massen der Wähler eine andere Wahl als die von ihnen als richtig erkannte aufzuzwingen. Die Veragung der Bestätigung gegen die

darauf angewiesen, sich Nahrungsmittel zu kaufen, da die Lagerernteung sie dem Verhungern anssiefert.

Die hier gemachten Angaben sind so präzise, daß das Reichswehrministerium mit einer seiner üblichen Beschwichtigungen den unangenehmen Vorfall in Soldau nicht aus der Welt schaffen wird. Der Reichstag muß sofort Stellung zu der Angelegenheit nehmen und dafür Sorge tragen, daß die uniformierten Halunken, die die „Schwarze Schmach“ in eine „schwarz-weiß-rote Schmach“ umgewandelt haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig müssen die Vorgänge in Soldau endlich die Frage des Rücktransportes der in Deutschland internierten Rotarmisten in den Vordergrund rücken. Bis zur Erledigung dieser Frage muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß die russischen Gefangenen in menschenwürdigen Verhältnissen leben und nicht dem Wucher gewissenloser Spekulanten und Schieber zum Opfer fallen.

Faule Ausreden

Das Woffsbureau verbreitet aus Königsberg eine neue amtliche Feststellung über die Grenzübertritte nach Litauen. Darin wird wiederum versucht, die ganze Angelegenheit als völlig harmlos hinzustellen. Es wird insbesondere abgestritten, daß die Ueberläufer Geschütze, Maschinengewehre, Gewehre oder andere schwere Waffen mit über die Grenze genommen hätten. Insgesamt seien nicht mehr als 1000 Mann nach Litauen geflohen.

Dieser Nachricht ist absolut keine Bedeutung beizumessen. Es stammt von einer Stelle, die dem Baltikumabenteurer mit Wohlwollen gegenübersteht. Wir haben Beweise dafür erbracht, daß nicht 1000, sondern mindestens 15 000 deutsche Soldaten die Grenze nach Litauen überschritten haben, wir haben ferner nachgewiesen, daß die Ueberläufer nicht nur Gewehre, sondern auch Geschütze und Maschinengewehre mitgenommen haben. Unsere Behauptungen sind durch den Königsberger Volkspräsidenten Lühbrück vollständig bestätigt worden. Die Ablehnungsversuche, die jetzt von interessierter Seite unternommen werden, verfolgen lediglich den Zweck, die Öffentlichkeit irreführen; sie soll elingeläufiger werden, damit sich das neue Baltikum-Abenteuer möglichst ungehindert vollziehen kann.

Es handelt sich bei den Ueberritten nicht um das private Vergnügen romantischer veranlagter Landsknechte, sondern die ganze Sache ist wohl organisiert und von im Hintergrunde stehenden militärischen und politischen Organisatoren nach einem ganz bestimmten Plane ausgezogen. Die Absicht geht dahin, im Osten ein möglichst großes militärisches Reservoir zu schaffen. Im Baltikum soll sich wieder eine Armee sammeln, die dann, wenn die Zeit herangekehrt ist, im Verein mit den in Ostpreußen befindlichen konterrevolutionären Elementen und in Verbindung mit Bayern, Pommern und Schlesien die deutschnationalen Träume verwirklichen soll, die am 13. März ins Wasser fielen.

Das sind die Tatsachen. Alle Ablehnungsversuche bleiben faule Ausreden.

Versuchte Ablenkung

Herr Dr. Hermes erhält Schutz und Beistand aus allen Lagern, die an seinem Verbleib im Amt interessiert sind. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst als Sprachrohr der deutschnationalen sehr unhöfliche Worte gegen das Zentrum findet, stellt sich ebenfalls schützend vor den Zentrumsmann, weil, nun weil er eben ein geiziger Diener der Agrarier ist. Die „Deutsche Tageszeitung“, die am 30. Oktober eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen veröffentlicht, in der Dr. Hermes gegenüber den Feststellungen Dr. Pavales gerechtfertigt wird, lehnte es ab, eine Erwiderung von Dr. Pavales zu veröffentlichen, weil diese „nicht dem § 11 des Preßgesetzes entspreche“. Daß eine Erwiderung auf persönliche Angriffe in der Presse nur durch den Druck des § 11 des Preßgesetzes möglich ist, ist eine ganz neue Mode. Aber das ist ein ganz plausibler Vorwand, um Herrn Dr. Hermes zu entlasten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ befolgt hier eine Taktik, die von Hintermännern agrarischer Herkunft zur Rettung des bedrohten Ernährungsministers ausgegeben wurde. In der

von der Stadtverordnetenmehrheit gewählten Stadträte zeigt deshalb, daß das sozialistische Berlin nicht frei ist in seinen Entscheidungen, daß seine Handlungen, wenn sie den Aufsichtsinstanzen nicht passen, von diesen beiseite geschoben werden, als wenn sie nicht existieren würden. Das wird eine erhebliche Erschwerung der Arbeit der Gemeinde Groß-Berlin sein und eine Fülle von dauernden Konflikten zwischen der Gemeinde und der Staatsgewalt unausbleiblich machen. Denn die Handlungsweise, die jetzt zu Beginn der Tätigkeit der Gemeinde Groß-Berlin von den Aufsichtsinstanzen befohlen wird, offenbart ihre Absicht, die bürgerliche Mehrheit im Staate zu benützen, um die sozialistische Mehrheit Berlins zu vergewaltigen.

Die Haltung der rechtssozialistischen Partei zur Frage der Bestätigung der Stadträte ist durchaus nicht einwandfrei gewesen. Wenn es auch zweifelhaft ist, ob die Meldung auf Wahrheit beruht, daß die Rechtssozialisten bereits jetzt einen neuen Kandidaten haben, der dem Bürgertum genehm ist, so hat doch ihre Geneigtheit, einen anderen zu wählen, wenn Löwenstein nicht bestätigt wird, sehr zur Veragung der Bestätigung beigetragen. Es ist aber durchaus nicht gesagt, daß nun der durch die Veragung der Bestätigung entstandene Konflikt einfach durch die Wahl eines neuen Stadtschulrates aus der Welt geschafft werden muß. Nach unserer Meinung liegt der Fall durchaus nicht so einfach.

Rechtlich wäre es möglich, gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten Einspruch beim preussischen Ministerium des Innern zu erheben. Nach der anzunehmenden Uebereinstimmung dieser Behörden aber scheint uns ein solcher Schritt völlig überflüssig zu sein. Die Arbeiterklasse Groß-Berlins muß diesem Schlag, der gegen ihre Selbstverwaltung geführt worden ist, mit anderen Mitteln begegnen. Sie zieht aus diesem Fall erneut die Erkenntnis, daß die so gepriesenen demokratischen Errungenschaften nur solange zur Anwendung kommen, als sie den bürgerlichen Klassen Nachterweiterung verschaffen. In dem Augenblick aber, in dem den bürgerlichen Klassen die „Demokratie“ un bequem wird, sehen sie sich rückhaltlos über sie hinweg. Und rechtssozialistische Minister sind es in diesem Fall, die ihnen diese Handlungsweise erleichtern.

Berliner „Morgenpost“ vom 27. Oktober findet sich in einem Artikel „Oberstleuten und Hermes“ folgende Stelle:

In einer Sitzung von Vertretern des Handels, die am letzten Freitag im Ernährungsministerium stattgefunden hat, ist von einflussreichen Männern, die ein Interesse an dem Verbleiben des Ministers im Amt haben, der Beschluß gefaßt worden, die Verteidigung des Ernährungsministers durch persönliche Angriffe auf die Beamten zu führen, die gegen Hermes stehen. Auf diese Weise soll die Aufmerksamkeit von Hermes abgelenkt werden.

Nach dieser Methode verfährt bereits Herr Dr. Hermes und im Gefühl der bedrohten Interessen unterstützen ihn die Agrarier. Umso schärfer und unerbittlicher wird unser Kampf bis zur völligen Klarstellung der korrupten Zustände im Reichsernährungsministerium weitergehen.

Schnelle Justiz

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Mühlhausen i. Th., 1. November.

Kartellsekretär Genosse Felsberg wurde Sonnabend früh vor Faßet und nach Erfurt transportiert. Der Verhaftung liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die Bauernschaft des hiesigen Landkreises sabotierte die Lebensmittelversorgung Mühlhausens, indem sie sämtliche Landprodukte, insbesondere die Kartoffeln, nach dem Industriekreisler verkaufte und die Stadt unversorgt ließ. Die Erschütterung der Arbeiterschaft wurde insoweit groß und machte sich dadurch Luft, daß sie einige Leihungen Kartoffeln am hiesigen Bahnhof anhält und sofort verkauft. Das Gleiche geschah mit einer Sendung Eier. Der Genosse Felsberg hatte den Verkauf dieser Kartoffeln geleitet. Es schwebt deshalb ein gerichtliches Verfahren gegen ihn und von dem Untersuchungsrichter wurde heute die Verhaftung veranlaßt.

Die Arbeiterschaft wird sich diese Herausforderung unter keinen Umständen gefallen lassen und wenn die Freilassung des Verhafteten nicht erfolgt, zum Generalkreil schreiten. Genosse Felsberg ist Vorsitzender des Arbeitsgebietes Thüringen-Nordwest unserer Partei.

Es ist erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit die rüchende Gewässigkeit sich an Sozialisten vollzieht. Und wie kann unter Umständen die — über aller Kritik stehende — Justiz in dinkster Langmut verharren, wenn es sich um Reaktionsäre handelt. Obwohl der Agrarier, der sich strafrechtlicher Verfehlungen zum Nutzen seiner eigenen Tasche schuldig macht, ebenso hinter schwedische Gardinen gesetzt wurde wie der Sozialist, der dem allgemeinen Volksempfinden entsprechend und zum Nutzen der Allgemeinheit handelt? Die Beanstandung dieser Frage fällt der Arbeiterschaft nicht schwer; sie kennt die Objektivität der preussisch-deutschen Justiz, die in der Republik dieselbe ist wie im verfallenen Kaiserreich.

Die französische Bergarbeiterkrise

Paris, 1. November.

Nach „Journal“ haben die Grubenbesitzer dem Arbeitsminister mitgeteilt, daß sie augenblicklich angesichts der wirtschaftlichen Lage die Löhne der Grubenarbeiter nicht erhöhen könnten. Sie seien aber bereit, ärztlichen gemischten Kommissionen, die allein in der Lage seien, die verschiedenartigen Lage zu beurteilen, die Lohnerhöhung für gewisse Fälle zur Entscheidung anheimzustellen. Der Arbeitsminister wird nun die Aufgabe haben, Verhandlungen einzuleiten, um den Standpunkt der Bergarbeiter mit dem der Grubenbesitzer in Einklang zu bringen.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 1. November. Amilich.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 28. Oktober 402 694 gegen 244 721 am 8. Oktober. Außerdem mußten 328 068 mit verringertem Stundenlohn arbeiten.

Das Gesetz über Oberschlesien. Der Entwurf eines Gesetzes über Oberschlesien ist in der Sitzung des Reichsrates am Montag den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Der Gesetzesentwurf wird im Laufe dieser oder Anfang nächster Woche im Reichsrat fertiggestellt und dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Stinnes und die Sozialisierung

Die verbrauchte Bourgeoisie

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht jetzt im Wortlaut die Rede von Hugo Stinnes, die dieser Führer der deutschen Schwerindustrie bei Gelegenheit der Debatte über die Sozialisierung im Vereinigten Ausschuss des Reichswirtschaftsrates und Reichskohlenrates gehalten hat. Über die Beratungen der Kommission haben wir feinerzeit berichtet, aber die Ausführungen von Stinnes verdienen doch die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, weil dieser Mann der stärkste Gegner des Sozialismus und das anerkannte Haupt der kapitalistischen Gegenrevolution ist. Seine Vorschläge müssen auch deshalb sorgfältiger beachtet werden, weil Stinnes mit seiner Ablehnung der Sozialisierung eine kluge Bauernfängerische Taktik verbindet. Und wir haben den Eindruck, als wenn nicht alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die in den verschiedenen Körperschaften Herrn Stinnes gegenüberstehen, diejenige Festigkeit anzubringen vermögen, die hier erforderlich ist. Herr Stinnes legt Leitlinien und es scheint Vogel zu geben, die sich seinen Lockspeisen nicht entziehen können.

Stinnes tritt für die Gemeinwirtschaft ein, wie überrauschend! Er bekennt, daß sein Kreis durchaus erkannt habe, daß das rein privatwirtschaftliche Interesse einzelner Werke oder Aktionäre der Kohlenwirtschaft nicht mehr ausschlaggebend beeinflussen darf. Wir haben den Fehler erkannt und wollen ihn abstellen, weil das die Allgemeinheit erfordert.“ Erklärt Herr Stinnes. In der Form der Gemeinwirtschaft aber müsse sich der Reichswirtschaftsrat der größeren Erfahrung derer um Stinnes beugen.

Die Formel, die Herr Stinnes für seine gemeinwirtschaftliche Idee findet, heißt: Herstellung engerer Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten. Darunter versteht er nichts anderes als den engen Anschluß der verbrauchenden Industrien an die großen — wiederum vom Bankkapital beeinflussten — Konzerne der schweren Kohle-, Stahl- und Salzfabrikationsindustrie. Das heißt, daß die Verwertung, die die gesamte Industrie in immer stärkerer Maße abhängig macht von dem Willen einer ganz kleinen Gruppe Privatkapitalisten, ganz großen Sittens ins Unendliche übersteigert wird. Stinnes Ziel ist nichts anderes als der Generalkompromiß für die gesamte deutsche Wirtschaft.

Um die Nachteile einer anderen Form der Gemeinwirtschaft darzustellen, bedient sich Stinnes des Beispiels des Reichskohlenrates. Obwohl auch wir von den Leistungen dieser Körperschaft nichts halten, und obwohl auch wir wissen, daß die planwirtschaftlichen Unternehmungen mit Sozialisierung nichts gemein haben, scheint uns die Darstellung Stinnes von der Wirtschaft der gemeinwirtschaftlichen Kohlenorganisation dennoch übertrieben. Aber wir haben keinen Anlaß, diese Einwirkung gegen Stinnes in Schutz zu nehmen. Sie ist eine Mißgeburt und zwar um deswillen, weil sie den von uns oft als utopisch gekennzeichneten Versuch macht, an der Oberfläche des Wirtschaftslebens einige gemeinwirtschaftliche Regelungen einzuführen und die Wurzel des Übels, den Privatbesitz an Produktionsmitteln, unberührt läßt. Gerade hier liegt der Fehler, und Stinnes setzt sich in Widerspruch zu seiner Kritik im Reichskohlenrat, wenn er auf der anderen Seite die Steigerung der souveränen Macht des privaten Kapitals ins Unermeßliche empfiehlt.

Aber Herr Stinnes hat in Gemeinschaft mit seinem Freund Dr. Silverberg noch einen anderen Fehler des Kapitalismus entdeckt, den er ebenfalls ausmerzen will. Es müsse dafür gesorgt werden, sagt Stinnes, daß die guten Köpfe aus der Arbeiterklasse erzogen und angelernt werden, so daß sie schließlich in die höheren Stellen aufrücken können. Stinnes verfolgt damit den Zweck, die Solidarität unter der Arbeiterklasse zu untergraben. Er hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Schließlich läßt ein solcher Versuch doch nur darauf hinaus, eine Anzahl von Arbeitern zu Angestellten zu machen, vielleicht zu bezugsberechtigten und leitenden Angestellten, aber inwieweit doch zu Personen, die grundsätzlich trotz ihrer gehobenen Position in dem gleichen sozialen Abhängigkeitsverhältnis erhalten bleiben. Ob Herr Stinnes sich nicht täuscht, wenn er sich von einem solchen System des Konzeptions-schulzeniums einen Erfolg verspricht — in dem Augenblick, wo das Solidaritätsempfinden zwischen Arbeitern und Angestellten mit jedem Tage an Stärke gewinnt?

Aber Herr Stinnes legt bei dieser Gelegenheit ein interessantes Geständnis ab. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, sagt er, daß der Reichtum der Eltern im allgemeinen nicht gerade einen guten Einfluß auf die geistige Entwicklung der Nachkommenschaft ausübt. Er führt wörtlich aus: „Wer das richtig übersteht, muß dafür sorgen, daß aus der großen Sappenterrasse der Arbeiterklasse die Fettsäuren nach oben kommen und an die Stelle der verbrauchten Familien treten können.“

Die Bourgeoisie erklärt also durch ihren hervorragendsten Vertreter, daß sie geistig verbrauchte ist. In dem gleichen Augenblick aber erhebt der gleiche Vertreter der Bourgeoisie für eine Klasse den Anspruch auf dauernde Führung im wirtschaftlichen Leben, auf unumschränkte Beherrschung der Produktion durch die Reibbefestigung der Fundamente des Kapitalismus, denn etwas anderes wäre der gekennzeichnete allgemeine Verwertungsplan Stinnes nicht. Welch ein Widerspruch! Die verbrauchte Bourgeoisie soll also aus den intelligentesten Köpfen der Arbeiterklasse Heloten zur Aufrechterhaltung der Herrschaft eines verkommenen Geschlechts heranzüchten. Nicht nur die Arbeitskraft der verabschiedeten Massen, sondern die Begabung der Intelligenzen unter der Arbeiterklasse soll den Wohl bereiten, auf dem das — nach Stinnes eigener Aussage — müde Geschlecht der Bourgeoisie weiter in Sicherheit genießen kann. Herr Stinnes wird sich täuschen. Die Arbeiterklasse wird solche Pläne zurückweisen. Sie würde schon, daß sie im Verein mit der Angestelltenklasse geistig und schließlich stark genug ist, um die Bourgeoisie abzulösen. Stinnes hat es zum Überflus bestätigt. Sie wird das aber nicht tun als Bedientenschaft der Kapitalistenklasse, sondern sie wird es tun, indem sie als Klasse selbständig und selbstbewußt die Macht an sich nimmt und die Wirtschaft gestaltet im Sinne des Sozialismus, wozu die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ein erster, aber, wenn er gelingt, ein entscheidender Schritt sein wird. Trotz Herrn Stinnes!

Die Löhne im Braunkohlenbergbau

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuß, der im Reichsarbeitsministerium zur Regelung von Lohnverhältnissen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingesetzt war, hat am Sonntag, 30. Oktober 1920, einen Schlichtungsbescheid gefällt. Danach wird unter Festsetzung eines Lohnunterchiedes von 5 Prozent in gewissen Bezirken eine Erhöhung des Kindergeldes von 2 Mark auf 3 Mark und des Hausgeldes von 3 Mark auf 4 Mark je Werkarbeitsstag sowie eine Erhöhung sämtlicher Sätze der zuletzt gültigen Lohnskala je

Schicht mit Wirkung vom 1. November d. J. ab ausgesprochen. Zum 1. Dezember sollen die Parteien darüber verhandeln, ob auf Grund des Ergebnisses der amtlichen Prüfung der Verbilligung der Werke eine weitere Lohnserhöhung angezeigt ist.

Stillelegung des Vorfahrtwerkes

Am gestrigen Tage ist die Lokomotivfabrik Vorfahrt stillgelegt worden.

Dieser Stillelegung liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Vorfahrt, Reparaturschlosser, Elektriker, Werkzeugmacher und Scharfschleifer des Vorfahrtwerkes hatten vor etwa 14 Tagen Lohnforderungen gestellt, die von der Firma strikt abgelehnt wurden. Die Firma begründete ihre ablehnende Haltung mit der Berufung auf das bestehende Tarifabkommen in der Metallindustrie. Sie erklärte, daß sie nicht berechtigt sei, über das Tarifabkommen hinaus Zugeständnisse zu machen.

Der Metallarbeiterverband ist bereits vor Monaten an den Verband der Berliner Metallindustriellen herangetreten, um auf dem Wege der Verhandlungen eine Aufbesserung der Tarifskala zu erzielen. Der Verband der Metallindustriellen ist dieser Anregung nicht näher getreten, sondern hat es abgelehnt, irgendwelche Zugeständnisse auf dem Wege der Verhandlungen zu machen. Der Metallarbeiterverband hat darauf beim Arbeitsministerium Zusammenkunft eines Schiedsgerichts, das sich mit dieser Neugestaltung eines Lohnabkommens für die

Die „Freiheit“

ist das einzige Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin. Sie ist das führende Organ der revolutionären Sozialdemokratie in Deutschland überhaupt und genießt im gesamten Auslande die hervorragendste Beachtung. Für die gesamte Arbeiterklasse ist der Bezug der „Freiheit“ eine unerlässliche Vorbedingung zur Schulung im wirtschaftlichen und politischen Kampf.

Die „Freiheit“ hat trotz ihres verhältnismäßig kurzen Bestehens bereits

eine ruhmvolle Geschichte hinter sich. Sie hat mit nie versagender Energie und mit erbarungsvoller Rücksichtslosigkeit alle geheimen Verbindungen der Gegenrevolution aufgedeckt, dem militärischen Wahnsinn unter Kooles glorreichem Regime die härtesten Blößen gezeigt. Sie hat immer und immer wieder die Forderungen des revolutionären sozialistischen Proletariats in den Vordergrund gerückt und mit aller Kraft vertreten.

Das wird auch in Zukunft geschehen!

Um dies aber zu ermöglichen, ist es nötig, daß alles getan wird, um die „Freiheit“ zur weitesten Verbreitung zu bringen. Der politische Einfluß der Arbeiterklasse hängt davon ab. Es muß dahin gestrebt werden, daß

jeder Berliner Arbeiter Leser der „Freiheit“ wird. Allen Täuschungsversuchen, die darauf abzielen, die „Freiheit“ abzuheften, muß der energischste Widerstand entgegengebracht werden. Wer durch solche Maßnahmen im Besitze der „Freiheit“ unterbrochen ist, wird ersucht, sofort der Hauptredaktion, Breite Str. 8-9, Mitteilung zugehen zu lassen.

Parteigenossen!

Auch die Arbeit und die Agitation für eure Zeitung ist revolutionäre Arbeit. Tue jeder seine Pflicht, damit uns die kommenden Kämpfe auch geistig in beherrschender Rüstung sehen.

Aus den Organisationen

8. Distrikt

Am 28. Oktober fand in der Viehhofstraße die erste Generalversammlung nach der Parteispaltung statt. Etwa 500 Genossen befanden sich an der Versammlung, die auch in unserem Distrikt die Neukommunisten nicht die Kleinbürger geworden sind. Der starke Besuch war um so erfreulicher, als gerade in unserem Distrikt die Neukommunisten kein Mittel unter sich liegen, um die gegenwärtige Meinung nicht auskommen zu lassen. Genosse Sabath gab den Bericht vom Parteitag. Er fand einmütigen Beifall, besonders als er sich gegen die Spaltung der Genossenschaften wandte. Die Wahlen hatten folgendes Resultat: Distriktsleiter: A. Reitschlag, V. Krause; Schriftführer: Goebel, Kaiser; Kassierer: Willi Fischer; Revisor: Scherwen, Hah, Held; Propaganda: W. Ansbach, Scharf. Alle Genossen sowie die Funktionäre wurden ersucht, die geschäftlichen Angelegenheiten bis aufs Weite mit dem Genossen Reitschlag, Schmelzerstr. 18, zu regeln.

Marxenbest. Hier ist es nach der Spaltung zu einer Vereinigung gekommen. Die Bibliothek soll im ganzen bestehen bleiben und durch je zwei Bibliothekare verwaltet werden. Die Mitgliederverammlung am Donnerstag, die von zwei Dritteln der bisherigen Mitglieder besucht war, gab zu der Verabschiedung ihre Zustimmung. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Richter, 2. Vorsitzender: Schindler; Kassierer: Romnit; Schriftführer: Rietzing; Revisoren: Tibor, Weber, Genossin Herzog.

16. Distrikt

Am Donnerstag lagte in der Schulstraße Ecke Teichstr. eine Generalversammlung, die den organisatorischen Neuanfang vornahm. Die Aula war überfüllt, der Besuch stärker als in allen bisherigen Generalversammlungen. Ein Beweis dafür, daß durch das Ausschließen der Neukommunisten der Aufwärtsbewegung der U. S. P. kein nennenswertes Hindernis entstanden ist. Genosse Ernst (Hagen) gab den Bericht vom Parteitag und fand ungeteilten Beifall. Der Vorstand wurde wie folgt gewählt: Vorsitzende Hans Raack, Franz Vinte; Schriftführer: Otto Habarst, Hermann Kaiser; Kassierer: Oskar Schlep und Franz Koch; Revisoren: Guba, Schubert (A. Witz), Hans Reuter (A. Witz), Emil Klein (A. Witz); Distriktsleiterin: Genossin Kühnmann; Kinderkommission: Genossin Göpfer; Propagandist: Karl Fabianke.

Reinickendorf-Ost

Durch die Trennung der Neukommunisten von der U. S. P. ist unsere Organisation in keiner Weise erschüttert worden. Der letzte Extra-Zahlabend nahm seinen gewohnten Verlauf und hatte an den meisten Stellen auch zahlenmäßig kaum gekittet. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer sind uns geblieben; die ausgetretenen Funktionäre wurden sofort ersetzt und die Organisationsarbeit ist in bestem Flusse. — Eine besonders erfreuliche Erscheinung ist die Tatsache, daß die Frauen fest zur U. S. P. stehen. Richtig Genossinnen waren zu dem Frauen-Abend am letzten Mittwoch erschienen, um über den Ausbau der Frauenorganisation zu beraten. Der Besuch unterschied sich von früheren Besuchen in keiner Weise. Nach kurzer Aussprache über die 3. Internationale und unser Verhältnis zu Sowjetrußland ermahnte die Vorsitzende zu weiterer unermüdlicher Arbeit, die neben der organisatorischen Erschließung aller proletarischen Frauen und vor allem in der sozialistischen Schulung unserer Genossinnen bestehen müsse. — Nach alledem ist Klarheit darüber geschaffen, daß durch die Abspaltung der Neukommunisten kein nennenswertes Schwächung unserer Organisation eingetreten ist.

Aus der Wirtschaft

Verschiebung von Kartoffeln nach dem Auslande

Ohne Rücksicht auf die Not, die sich in den breiten Volksmassen zeigt, legen die Landwirte und die Händler einzig und allein ihrem Profitinteresse nach. Sie begnügen sich nicht mit den Wucherpreisen, die sie im Schleichhandel für ihre Erzeugnisse erhalten, sondern wollen auch die durch die Ausfuhr ihnen winkenden Palastgewinne einheimen. Da die Ausfuhr verboten ist, wird sie auf Hintertreppen betrieben. Kartoffeln werden unter der Bezeichnung Saatkartoffeln ins Ausland gebracht, obwohl sie größer als 4-5 Zoll sind, also nachgewiesen als Speisekartoffeln gelten können. So laufen jetzt täglich, wie uns von dem Hauptbetriebsrat der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden

mitgeteilt wird, viele Wagen von den Rittergütern Ober-Schlesien über Sagan-Rohlfurt-Schlauholz nach Bodenbach für die Tschechoslowakei.

Der Hauptbetriebsrat hat natürlich gegen diese Maßnahmen die ernstesten Vorstellungen erhoben, wobei ihm mitgeteilt wurde, daß es sich in den beanstandeten Fällen um ein Abkommen der tschechischen Regierung mit der Tschechoslowakei handele. Aus diesem Grunde sehe sich die Generaldirektion außerstande, die Maßnahmen des Hauptbetriebsrats zu deuten oder zu billigen.

Wir haben die ernsthaftesten Zweifel, ob diese Angaben richtig sind, denn wir können uns nicht vorstellen, daß Sachsen, dieses große Bedarfsgebiet an Kartoffeln, die Hand zu einer Ausfuhr von Kartoffeln bieten wird. Wir verlangen deshalb von der tschechischen Regierung, daß sie sich sofort zu dieser Angelegenheit äußert und alles tut, um die ungesetzliche Ausfuhr von Kartoffeln zu unterbinden.

Der Stand der Devisen

Die Mark ist seit einiger Zeit wieder stark im Rückgang begriffen.

100 holländische Gulden	am 28. 10.	am 29. 10.
100 dänische Kronen	2285 Mark	2287 Mark
100 finnische Mark	1031	1041
100 englische Pfund Sterling	173	179
100 österr. östliche Kronen	263	255
100 tschechisch-slowakische Kronen	23,97	24,90
	86,13	87,90

Minna Cauer

Die Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung, Minna Cauer, beging gestern in voller geistiger Regsamkeit und Frische ihren 80. Geburtstag. Frau Cauer ist eine der wenigen Gestalten des Bürgerturns, denen auch das Proletariat Achtung und Verehrung zollen kann. Was sie vor so vielen der Ihrigen auszeichnet, ist ihr rücksichtsloser Drang zur Wahrheit, ihr tiefes Menschentum, ihr mutiges Eintreten für ihre Überzeugung, selbst wenn diese bei Freunden und Anhängern auf Mißbilligung stößt. Während des Krieges gehörte sie zu den wenigen, die sich der nationalistischen Welle entgegenstimmte. Und als die Revolution ausbrach, trat Frau Cauer aus tiefer innerer Überzeugung für die politische und wirtschaftliche Emanzipation des Proletariats ein.

Ueber die Londoner Hungerkonferenz und die Revision des Friedensvertrages sowie über Eindrücke aus London und Paris werden am Dienstag, 2. November, 1/8 Uhr, in der Leibniz-Oberrealschule (Schillerstr. 125 — Annie) die Teilnehmer berichten: Hellmuth v. Gerlach, Hugo Simon, Herm. Buche, Dr. Bertha Krauß. Karten zu 2 M. bei Bote u. Bod., Berthelstr., Abendkasse.

Gegen 21 am Sturm auf das französische Konsulat in Breslau beteiligte Personen ist nunmehr das Hauptverfahren eröffnet worden.

Provinzialratswahlen in Italien. Bei den Provinzialratswahlen wurden 14 Kandidaten der Konstitutionellen Union und zwei Sozialisten gewählt. Die Volkspartei und die Republikaner haben kein Mandat erhalten.

Zum Präsidenten von Mexiko wurde am 27. Oktober Alvaro Obregon gewählt. Er wird sein Amt am 1. Dezember antreten.

Aus den Organisationen

8. Distrikt

Am 28. Oktober fand in der Viehhofstraße die erste Generalversammlung nach der Parteispaltung statt. Etwa 500 Genossen befanden sich an der Versammlung, die auch in unserem Distrikt die Neukommunisten nicht die Kleinbürger geworden sind. Der starke Besuch war um so erfreulicher, als gerade in unserem Distrikt die Neukommunisten kein Mittel unter sich liegen, um die gegenwärtige Meinung nicht auskommen zu lassen. Genosse Sabath gab den Bericht vom Parteitag. Er fand einmütigen Beifall, besonders als er sich gegen die Spaltung der Genossenschaften wandte. Die Wahlen hatten folgendes Resultat: Distriktsleiter: A. Reitschlag, V. Krause; Schriftführer: Goebel, Kaiser; Kassierer: Willi Fischer; Revisor: Scherwen, Hah, Held; Propaganda: W. Ansbach, Scharf. Alle Genossen sowie die Funktionäre wurden ersucht, die geschäftlichen Angelegenheiten bis aufs Weite mit dem Genossen Reitschlag, Schmelzerstr. 18, zu regeln.

Marxenbest. Hier ist es nach der Spaltung zu einer Vereinigung gekommen. Die Bibliothek soll im ganzen bestehen bleiben und durch je zwei Bibliothekare verwaltet werden. Die Mitgliederverammlung am Donnerstag, die von zwei Dritteln der bisherigen Mitglieder besucht war, gab zu der Verabschiedung ihre Zustimmung. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Richter, 2. Vorsitzender: Schindler; Kassierer: Romnit; Schriftführer: Rietzing; Revisoren: Tibor, Weber, Genossin Herzog.

16. Distrikt

Am Donnerstag lagte in der Schulstraße Ecke Teichstr. eine Generalversammlung, die den organisatorischen Neuanfang vornahm. Die Aula war überfüllt, der Besuch stärker als in allen bisherigen Generalversammlungen. Ein Beweis dafür, daß durch das Ausschließen der Neukommunisten der Aufwärtsbewegung der U. S. P. kein nennenswertes Hindernis entstanden ist. Genosse Ernst (Hagen) gab den Bericht vom Parteitag und fand ungeteilten Beifall. Der Vorstand wurde wie folgt gewählt: Vorsitzende Hans Raack, Franz Vinte; Schriftführer: Otto Habarst, Hermann Kaiser; Kassierer: Oskar Schlep und Franz Koch; Revisoren: Guba, Schubert (A. Witz), Hans Reuter (A. Witz), Emil Klein (A. Witz); Distriktsleiterin: Genossin Kühnmann; Kinderkommission: Genossin Göpfer; Propagandist: Karl Fabianke.

Reinickendorf-Ost

Durch die Trennung der Neukommunisten von der U. S. P. ist unsere Organisation in keiner Weise erschüttert worden. Der letzte Extra-Zahlabend nahm seinen gewohnten Verlauf und hatte an den meisten Stellen auch zahlenmäßig kaum gekittet. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer sind uns geblieben; die ausgetretenen Funktionäre wurden sofort ersetzt und die Organisationsarbeit ist in bestem Flusse. — Eine besonders erfreuliche Erscheinung ist die Tatsache, daß die Frauen fest zur U. S. P. stehen. Richtig Genossinnen waren zu dem Frauen-Abend am letzten Mittwoch erschienen, um über den Ausbau der Frauenorganisation zu beraten. Der Besuch unterschied sich von früheren Besuchen in keiner Weise. Nach kurzer Aussprache über die 3. Internationale und unser Verhältnis zu Sowjetrußland ermahnte die Vorsitzende zu weiterer unermüdlicher Arbeit, die neben der organisatorischen Erschließung aller proletarischen Frauen und vor allem in der sozialistischen Schulung unserer Genossinnen bestehen müsse. — Nach alledem ist Klarheit darüber geschaffen, daß durch die Abspaltung der Neukommunisten kein nennenswertes Schwächung unserer Organisation eingetreten ist.

Mühneraugen

Mohnhauf, Schwefeln u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukrol 100000fach bewährt
Preis M. 3,- in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukrol steht einzig da.

Groß-Berlin

Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin

H. S. P. D. (Crispien-Debehour)

Am Dienstag, den 2. November, abends 6 Uhr, findet eine Fraktionsversammlung im Berliner Rathaus, Zimmer 168, statt. Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen.

Bezirksämter und Schulen

Der Magistrat muß für die neu zu errichtenden Bezirksämter Unterkommen schaffen. Das ist nicht leicht. Wohnräume können nicht genommen werden. Bleiben öffentliche Gebäude übrig. In seiner Not will er Teile von Schulräumen in Anspruch nehmen. Das ist ihm nicht leicht geworden, da Schulen nur Schulzwecken dienen sollen. Es ist eine Einquartierung in das Friedrich-König-Gymnasium in der Schleiermacherstraße und in das Friedrich-Werdersche Gymnasium in der Buchamer Straße und außerdem in vier Gemeindefürsorge in Aussicht genommen.

Die Elternbeiträge wehren sich schon gegen diese Unterbringung. Ob in allen Fällen die geeigneten Räume vorgeschlagen sind, steht dahin. Tatsache ist aber, daß die Zahl der zur Einschulung kommenden Kinder infolge des ungeheuren Geburtenrückganges (von 49 000 vor dem Kriege auf 18 000 im Jahre 1915) von Jahr zu Jahr stark zurückgeht. Vom Jahre 1924 ab wird die Zahl wieder steigen. Der Magistrat gibt nun bekannt, daß es sich um eine vorläufige Maßnahme handelt. Die sechs Schulhäuser werden nur zur Hälfte beansprucht werden. Alle Räume für Spezialunterrichtszwecke bleiben im übrigen den Schulen zur unterrichtlichen Verfügung. Die Schaffung einer endgültigen Unterbringung wird zweckmäßig erst vorgenommen werden können, sobald die Bezirksversammlung und Bezirksämter die Verhältnisse ihres Bezirkes völlig übersehen können. Wie sich die provisorische, teilweise Belegung der Schulen durchführen lassen wird, ohne den Schulunterricht zu stören, wird der Gegenstand erneuter Verhandlungen sein.

Der Eid der Gräfin

Von dem Abg. Müller (Rechtssozialist) war im Reichstag zur Sprache gebracht worden, daß die Gräfin Wartenburg in den 2 Jahren ihrer Ehe, die Berliner Wohnungsamt teilt nunmehr mit, daß die Beschlagnahme der Wohnung bereits seit über einem Jahre gescheitert sei, weil die Gräfin mehrere ideologische Erklärungen abgegeben habe, daß ihre zweistöckige Wohnung nicht leer stehe. Vom Prinzen Solms und einer Frau v. Liedemann, die die Wohnung angeblich abvermietet und mit einem großen Dienpersonal bewohnen sollten, lagen ebenfalls ideologische Erklärungen vor. Auf Grund neuerlicher Untersuchungen ist nunmehr erwandfrei nachgewiesen worden, daß sämtliche Angaben auf Unwahrheit beruhen. Weder der Prinz Solms, noch Frau von Liedemann haben je in der Wohnung gewohnt. Lediglich eine alte Dienerin hauste in der Wohnung. Jedesmal, wenn nachsichtende Beamte vom Wohnungsamt kamen, wurde ihnen der Bescheid: „Die Herrschaften sind gerade verreist.“

Interessant ist, daß es dem Hausbesitzer trotz wiederholter Besprechungen und persönlichen Verhandlungen mit dem zuständigen Wohnungsamtskommissar nicht möglich war, die Wohnung frei zu bekommen, so daß er in einem Schreiben an den Oberpräsidenten von Brandenburg die Ansicht ausdrückte, daß entweder die Unwahrheiten der Gräfin ohne weiteres von den Instanzen hingenommen würden, oder alle Beamten destituiert seien. Der Oberpräsident hat bisher noch nicht geantwortet. Vor etwa 10 Tagen wurde vom Wohnungsamt die Beschlagnahme der Wohnung ausgedroht.

So wie es hier liegt, wird es auch in unzähligen anderen Fällen liegen. Unzählige Proletarierfamilien hausen in Mietwohnungen unzulänglichster Art wie das Vieh, während die oberen Schichten sich den Luxus von großen leerstehenden Wohnungen leisten können. Ein Eid und alles ist erledigt! Sie nehmen mit der Wahrheit nicht so tragisch!

Wenn das Wohnungsamt die feste Absicht hat, mit diesen himmelstreichenden Mißständen aufzuräumen — im neuen Groß-Berlin erwarten wir das bestimmt — dann wird es gerade im Tiergartenrevier und in der Gegend des Pariser Platzes ein dankbares Betätigungsfeld finden.

Moll Hirtgen †. Schon wieder eine Lade in unseren Reihen. Genosse Adolf Hirtgen ist im Alter von 71 Jahren verstorben. Fast die Hälfte seines Lebens stand er unter der roten Fahne. Im Kriege agitatorisch und nach der Trennung von den Durchhaltern an der Wasserfront für unsere Partei. Und auch in der Zeit der

jetzigen Partispaltung blieb er allen wahren Sozialisten ein Vorbild. Alle, die ihn kannten, besonders die Genossen der 3. Abteilung, 16. District, werden stets sein Andenken in Ehren halten. Die Einäscherung findet heute 11 1/2 Uhr vorm. statt.

Bundeskonzert der Berliner Arbeiterkassen. Im Großen Schauspielhaus gaben am vergangenen Sonntag die Berliner Arbeiter-Gesangsvereine unter Mitwirkung des verstärkten Bläser-Orchesters ihr erstes Bundeskonzert. Das Programm war gut. Eingeleitet wurde das Konzert durch das Vorspiel zu den „Meisterliedern“, von dem Bläser-Orchester vorzüglich zu Gehör gebracht, dem das „Wach auf“ aus den Meisterliedern, gefolgt von den „Gedanken“, folgte. Die beiden von Dr. Scherchen bearbeiteten Revolutionschöre wurden gut vorgetragen, bei dem „Reiter, zur Sonne“, Reiz der Vortrag besonders in den höheren Lagen, etwas zu wünschen übrig. Auch aus Beethovens a-cappella-Chor hätte mehr herausgehört werden können. „Don Juan“ von Richard Strauss wurde sehr gut vom Orchester gespielt. Neben „Bonderers Sturmlied“ (Strauß) bildeten die Männerchöre mit Orchester „Lob Fülleion“ und Dehmels „Erntelied“ von O. Fried. den Höhepunkt der Veranstaltung. Mit Ausnahme von „Bonderers Sturmlied“, das Dr. Jander sehr gut dirigierte, wurden alle andern Vorträge von Dr. Scherchen glänzend geleitet. Meisterhaft verstanden so die Dirigenten, gar manche lächerliche Stelle zu überwinden. Die Sänger gaben ihr Bestes und das Konzert bedeutet einen vollen künstlerischen Erfolg. Es ist dringend zu wünschen, daß die Arbeiterkassen noch öfter mit solchen Darbietungen vor ihre Klassen Genossen treten. Das Konzert brachte einigen Tausend Proletariern Befreiung von all dem Schmutz, was heute die arbeitende Klasse bedrückt. Dankbar und begeistert wurden vom Publikum Musik und Gesang aufgenommen. — Dringend zu verlangen wäre aber auch, daß nicht mehr Karten ausgegeben werden, als das Schauspielhaus fassen kann. Einigen hundert Besuchern wäre dann Verger und Mißgeschick erspart geblieben.

Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Die richtige Nachfolge nach Pflaume zu dem Bundeskonzert am 31. Oktober, die auch nicht annähernd bestreitet werden konnte, veranlaßt den Gauvorsitz zu einer Wiederholung am 14. November. Mitwirkende wiederum die Männerchöre: Fichte Georgina, Männerchor Ost. Raminlos, Scherndorfer, der Volkshor, Gem. Chor Groß-Berlin und des verstärkten Bläserorchesters. Künstler. Leitung: Hermann Scherchen und Dr. Jander. Die Ausgabe der Billets für Vereine vom Dienstag ab beim Gauvorsitzers Steffens, Langenbeckstraße 2 oder in der Generalsversammlung am 7. November. Vom Sonntag ab in angegebenen Verkaufsstellen (siehe Inserat am Sonntag).

Arbeiter-Sängerbund, bei den Revolutionsfeiern am Dienstag, den 8. November, vormittags mitwirken wollen und nicht eingeteilt sind, werden gebeten, sich sofort beim Genossen Schneider, Fufelandstraße 31, zu melden.

Gaßspiel der Staatsoper in der „Neuen Welt“. Zu der Fidele-Aufführung am Mittwoch den 3. d. M. erhalten Genossen Karten zum ermäßigten Preise von 1,50 M. beim Genossen Eichstädt, Reußbühl, Berliner Straße 21.

Ueberfahren und getötet wurde am Bahnhof Buttlersstraße von einem Straßenbahnwagen ein Mann, dessen Persönlichkeit noch festgestellt werden muß. Die Leiche wurde von der Feuerwehr unter dem Wagen hervorgeholt und wurde dann nach dem Schauhaus gebracht. Der Verunglückte hatte einen Brief bei sich, nach dem er ein Franz. Krieger aus der Dynastie 6 zu Spandan zu sein scheint.

Auf der Straße überfallen und beraubt wurde am Sonntag abend der 26 Jahre alte Landwirt Heinrich Pieher aus Orenstein, der hier im Hotel „Wartmüller“ in der Mittelstraße 29, wohnte. Gegen 9 Uhr abends fielen vor dem Hause Nr. 30 in der Mittelstraße zwei unbekannte Männer über ihn her und plünderten ihn aus. Sie raubten ihm eine dunkelblaue Saiten-Lehrerbrille und ein dunkelbraunes Portemonnaie. Die Brille kostete 11 000 M. bares Geld, darunter drei Tausendmarkscheine, 50 Hundertmarkscheine und den Rest in Fünftlingsmarchen, die Geldbörsle 60 M. Kleingeld.

Zwei Spieltische wurden von Beamten der Spießbuckelstraße der Kriminalpolizei wieder ausgehoben. In der Sibeliusstraße 61 übernahm die Beamten in der Wohnung der Frau Saldorf im Erdgeschoss, in der sie schon vor einigen Tagen eine Spielergesellschaft angetroffen hatten, wieder einen Klub beim nächtlichen Glücksspiel. Geräte und Spielgeld konnten beschlagnahmt werden. — In der Stütgarter Str. 13 tagte schon seit längerer Zeit in der Pension von Bod im dritten Stock ein Spieltisch. Hier müssen die Spieler irgendwie gemerkt haben, daß die Kriminalpolizei kam. Es fanden sie noch Zeit, Geräte und Geld beiseite zu schaffen. Sie mußten aber einräumen, daß sie gespielt hatten.

Zwei Kennserde gestohlen. Auf der Grünwaldrennbahn aus dem Stall gestohlen wurden zwei Pferde, die dem Besitzer der Rennbahn-Restaurant, Heinrich Goldstaub, gehören. Es sind zwei Wallache, ein siebenjähriger Kappen und ein Hellbrauner von vier Jahren, die zusammen 60 000 M. wert sind.

Arbeiterjugendheim Neudamm, Rogaustraße 30. Laut Beschluß der H. S. P. D. Neudamm ist das Jugendheim bis auf weiteres geschlossen. Wiedereröffnung wird in der „Freiheit“ bekanntgegeben. Der Vorstand.

Reinholdsdorf. In unserm Kleiderlager Flottenstraße 48 kommen zum Verkauf: Herren-Anzüge, in guter Verarbeitung und modernen gemusterten Stoffen, in folgenden Modarten: Anzeig zum Preise von 327 Mark zweitellig zum Preise von 345.—; Sportjacket, mit Gurt, aufgesteppten Taschen und Umschlagnähen, zum Preise von 330 Mark; Herren eine kleiner Vorkost Herrenanzüge in ganz erstklassiger Verarbeitung aus vorzüglichem dunkelblau und gemusterten Stoffen zum Preise von 425 bis 553 Mark. Damen-Kleider aus schweren wollenen Stoffen, soweit Vorrat reicht, zum Preise von 150 Mark.

Das Berliner Jugendamt veranstaltet einen Unterhaltungsabend für die Berliner Jugend am Do. morgen, den 4. November, abends 6 Uhr, in der Aula der 1. Gemeindefürsorge, Berlin-Gr. Chausseestraße 138/137. Es wird ein Vortrag mit Lichtbildern über das Thema „Aus der Geschichte der Tiere“ gehalten werden. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pf.

Gewerkschaftliches

Sie leben noch

Die alten Gelben nämlich. In fast allen Gewerben sind sie ausgestorben, weil sie nicht mehr die genügende Stütze fanden. Allen wohl im Fleischerberufe konnte sich dieses Gezücht noch halten. Das liegt zum Teil mit an der Rückständigkeit der führenden Geister in Arbeitgeberkreisen, die durchaus von der neuen Zeit und ihren Erfordernissen keine Ahnung haben. Veränderte Verhältnisse, die seit Jahr und Tag als Rentier leben, die noch in den Gedanken besangen sind, die zu Großhändlern Zeiten richtig waren, leiten die Geschichte der Junge. Nur von solchen Leuten ist es zu erwarten, daß auf den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses, mit dem Zentralverband der Fleischer in Tarifverhandlungen zu treten, ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden kann, dies nicht zu tun.

Um nun die Bewegung der freigewerkschaftlichen Fleischer-Gesellen zu durchkreuzen, haben jene Herren mit dem künstlich hochgehaltenen gelben Bund einen Tarifvertrag abgeschlossen, um dessen Einhaltung und Durchführung sich niemand kümmern wird. Die Arbeiterkassen, auf die in den nächsten Tagen erscheinende Liste der Fleischerkreise zu achten, die den freigewerkschaftlichen Tarifvertrag anerkennen haben. Nur in diesen Betrieben sind die Verhältnisse als geregelt zu betrachten.

Unternehmerfreiheit

Die oberbairische Arbeitergruppe des Gemischten Großhandels mit dem „Demokraten“ Dr. Engel als treuen Bundesgenossen an der Spitze hat die seit 1 1/2 Jahren eingeleiteten Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten zu laborieren gewagt. Durch die unmöglichsten juristischen Kniffe glaubte man den Angestelltenorganisationen das Recht zur Führung der Verhandlungen streitig machen zu können und bezugsweise hat sich in einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß der „unparteiliche“ Vorsitzende Dr. Salomon (auch ein Absozial) von den „rechtlichen“ Ausführungen des Herrn Dr. Engel überzeugen lassen und durch einen Beschluß, der mit Hilfe der Arbeitgeberbesitzer zustande gekommen war, den Organisationen aufgegeben, ihre Mandate nachzugeben. Dieser Beschluß war mit Rücksicht darauf, daß bereits Verhandlungen der beiden Parteien stattgefunden hatten, und dadurch auch die Verhandlungsbereitigung anerkannt war, unhaltbar. In einem neuen Schlichtungstermin am 29. Oktober unter dem Vorsitz eines vom Dem. Umwandlungskommissar ernannten unparteilichen wurde dieser Beschluß auch aufgehoben, und in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Dies zeigte den Herrschaften aber nicht in den Kram und sie verließen nach einer Erklärung des Vorsitzenden Wortgelehrten das Verhandlungstisch. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen auf Beschluß des Schlichtungsausschusses auch ohne die Engel, Morgenstern und Konfort, weitergeführt. Es scheint, daß den Herren nach einer Neuauflage des im vergangenen Jahre geäußerten lechzschwäbischen Streikes gelistet; die Innehalten sind, durch die Hungerpolizei getrieben, bereit, jeden Kampf anzunehmen!

Buchdruck! Graphischer Bloß. Neue Nummer abzuholen bei Baum, Stallstraße 17.

Schiedspruch für Lederarbeiter und -arbeiterinnen. Am 25. Oktober beschloß eine Versammlung der Berliner Lederarbeiter und -arbeiterinnen mit dem vom Schlichtungsausschuß gestützten Schiedsgericht, U. a. sollen auf die Stundenlöhne geleiteter und qualifizierter Arbeiter ein Zuschlag von 20 Prozent, auf die Stundenlöhne aller übrigen Arbeiter ein Zuschlag von 25 Prozent

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

„Ja, sehen Sie mal, es geht einem ein bißchen Knapp, eine augenblickliche Verlegenheit... Abgenützt, sagen Sie? Schwagen Sie nicht! Ich möchte den sehen, der seine Anzüge weniger abnützt als ich. Gebe immer mit offenem Kopf, will ich Ihnen sagen; Gewohnheit von mir, eine Eigenheit. Nein, nein, wenn Sie nicht wollen, so —! Aber ich muß wenigstens meine 10 Dete dafür haben... Aber, Gott im Himmel, wer sagt denn, daß Sie müssen? Sie können Ihren Mund halten und mich in Ruhe lassen... Ja, ja, ja, hören Sie nur die Polizei, melnetwegen! Ich warte hier, während Sie den Kanistab holten. Und stehen werde ich Ihnen auch nichts... Nun, Adieu, Adieu! Mein Name ist also Tangen, ich habe ein bißchen zu lange gebummelt...“

Da kommt jemand die Treppe herunter. Sofort bin ich wieder in der Wirklichkeit, erkenne den Scheremann und stehe die Knöpfe schnell in die Tasche. Er will vorüber, beantwortet nicht einmal meinen Gruß und besteht plötzlich seine Fingerringel sehr angelegentlich. Ich halte ihn auf und frage nach dem Redakteur.

„Nicht da.“

„Sie lügen!“ sagte ich. Und mit einer Frechheit, die mich selbst in Erstaunen setzte, fuhr ich fort: „Ich muß mit ihm sprechen; eine dringende Angelegenheit. Mitteilungen von Stiftingsgarden.“

„Können Sie mir das denn nicht auch sagen?“

„Ihnen?“ entgegnete ich und sah ihn von oben bis unten an.

Das half. Er ging sofort mit mir zurück und öffnete mir die Tür. Jetzt sah mir das Herz in der Kehle. Weil ich die Zähne zusammen, um mir Mut zu machen, klopfte an und trat in das Privatbureau des Redakteurs.

„Guten Tag! Sie sind’s?“ sagte er freundlich. „Nehmen Sie Platz!“

Hätte er mir die Tür gewiesen, es wäre mir lieber gewesen; die Tränen waren mir wieder nahe, und ich antwortete:

Zeitung zu bekommen. Ich hatte mir so viele Mühe damit gegeben, er hatte mich so viel Anstrengung gelohnt.

„Ich werde ihn lesen.“ sagte er und nahm ihn. „Mühe geben Sie sich gewiß bei allem, was Sie schreiben, aber Sie sind allzu heftig. Wenn Sie nur besonnen wären! Zu viel Fieber! Ich werde ihn aber lesen!“ Und damit wandte er sich wieder dem Tische zu.

Da sah ich nun. Konnte ich ihn um eine Krone bitten? Ihm erklären, weshalb immer zu viel Fieber drin lag? Er würde mir dann gewiß helfen; es war nicht das erste Mal.

Ich erhob mich. „Hm! Aber als ich das letzte Mal bei ihm war, hatte er über Geldknappheit geklagt, sogar den Kassenhoben umhergeschickt, um mein Honorar zusammenzubringen. Das würde jetzt auch vielleicht der Fall sein. Nein, das sollte nicht geschehen! Sah ich denn gar nicht, daß er mitten in der Arbeit lag?“

„Sonst noch etwas?“ fragte er.

„Nein.“ erwiderte ich und versuchte meine Stimme zu festigen. „Wann darf ich wieder anfragen?“

„Ah, wenn Sie mal vorüber gehen.“ antwortete er. „In ein paar Tagen oder so.“

Ich bracht mein Anliegen nicht über die Lippen. Die Freundlichkeit dieses Mannes dünkte mich grenzenlos, und ich wollte zeigen, das ich sie zu schätzen wisse. Lieber verhungern. Daher ging ich.

Nicht einmal, als ich draußen stand und von neuem die Qualen des Hungers empfand, bereute ich, daß ich das Bureau, ohne um eine Krone zu bitten, verlassen hatte. Ich zog den zweiten Hobelspan aus der Tasche und steckte ihn in den Mund. Das half wieder. Weshalb hatte ich das nicht schon früher getan? Du mußt dich schämen, sagte ich laut; hast du wirklich dran denken können, den Mann um eine Krone zu bitten und ihn dadurch wieder in Verlegenheit zu setzen? Und ich wurde förmlich grob gegen mich selbst wegen der Unverschämtheit, die ich beabsichtigt hatte. Das ist weiß Gott das gemeinste, was ich bis jetzt gehört habe! sagte ich; einem Mann die Türen einzulassen und ihm beinahe die Augen auszuknabern, nur weil du eine Krone brauchst, du elender Hund! Also marsch! Schnell! Schnell, du Lämme! Ich will dich lehren!

Um mich zu strafen, fing ich an zu laufen, durchließ eine Straße nach der andern, trieb mich durch verbotene Zuren an und schrie mich lautlos und rasend an, wenn ich innehalten wollte. Inzwischen war ich hoch hinauf in die

Pilestraße gekommen. Als ich endlich stillstand, vor Wut dem Weinen nahe, weil ich nicht weiter laufen konnte, zitterte ich am ganzen Körper und sank auf eine Treppe nieder. Kein, halt! sagte ich. Und um mich gründlich zu lasten, stand ich wieder auf und zwang mich, stehen zu bleiben, und dann lachte ich über mich selbst und weidete mich an meiner eigenen Verkommenheit. Endlich nach Verlauf mehrerer Minuten gab ich mir durch ein Reigen des Kopfes die Erlaubnis, mich zu legen; selbst dann wählte ich noch den un-bequemsten Platz auf der Haustreppe.

Herr Gott, wie wohl es tat, sich auszuruhen! Ich trocknete mir den Schweiß vom Gesicht und holte tief Atem. Wie war ich gelaufen! Aber ich bereute es nicht, es war wohl verdient. Wie konnte ich aber auch daran denken, eine Krone zu begehren? Jetzt sah ich die Folgen! Und ich begann mich milde zu ermahnen, wie eine Mutter es getan haben würde. Ich wurde immer ruhender, und müde und entkräftet, begann ich zu weinen. Ein stilles, inniges Weinen, ein innerliches Säufchen ohne Tränen.

Eine Bierstunde oder länger sah ich auf demselben Fleck. Leute kamen und gingen, aber niemand belästigte mich. Hier und da spielten kleine Kinder; drüben in der Straße auf einem Baum sang ein junger Vogel.

Ein Konstabler kommt auf mich zu.

„Wozu sitzen Sie hier?“ fragte er.

„Wozu ich hier sitze? Zum Pflaster.“

„Re halbe Stunde habe ich in Auge auf Sie“, sagte er.

„Sie sitzen hier alle halbe Stunde.“

„Ungefähr! Wollen Sie sonst noch was?“ Damit stand ich auf und ging ärgert weiter.

Auf dem Platz angekommen, blieb ich stehen und sah die Straße hinunter. Zum Pflaster! War das aber auch eine Antwort? Aus Müdigkeit hätte ich das sagen sollen, und zwar mit recht weinerlicher Stimme — du bist ein Schickslops, du lernst das Heucheln nie! — aus Ermattung! Und dabei hätte ich den Menschen müssen wie ein Pferd.

Als ich an die Feuerwache kam, blieb ich stehen. Ein neuer Einfall. Ich knippte mit den Fingern, brach in ein lautes Lachen aus, das alle Vorübergehenden in Erstaunen setzte und sagte: Nein, jetzt geht du aber wirklich hinaus zu Pastor Perlon. Das mußt du wahrhaftig tun. Ja, nur zum Versuch. Was hast du denn zu veräumen? Es ist ja so herrliches Wetter. (Fortsetzung folgt.)

